



Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Wachstumsoption, Integrationsversprechen oder Überforderung?

Vielfalt der Stadtgesellschaft und die Ansätze der Stadtentwicklung



Seit fünf bis acht Jahren wird „gesellschaftliche Vielfalt“ im Zusammenhang mit Fragen der Stadtentwicklung häufig, aber unter unterschiedlichen Zielsetzungen thematisiert. Zum einen wird – insbesondere seitdem die UN-Statistik für 2007 besagte, dass nun mehr als 50% der Weltbevölkerung in Städten leben – Vielfalt als Voraussetzung für Stadtwachstum und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Zum anderen – und sicherlich häufiger – wird Vielfalt im Kontext der Herausforderung der Integration von Zugewanderten und bildungsfernen Gruppen erwähnt.¹ Das ist insofern verwunderlich, als das Thema der Integration lange als (zu) große Herausforderung angesehen wurde und (daher) im politischen Diskurs eher tabuisiert wurde.

Die vielfältige Sicht auf gesellschaftliche Vielfalt¹

In der realen Stadtentwicklungspolitik überlagern sich jedoch beide Sichtweisen. Zum einen, weil im Zuge postmoderner „und“-Politiken Widersprüche als „Herausforderungen“ rhetorisch überdeckt und daher übergangen werden, und zum anderen, weil die einzelnen Fachreferate unterschiedliche institutionelle Leitbilder haben. Allein daran wird deutlich, wie schwierig es ist, den Vielfalts-Begriff einzuordnen, denn er verweist zum einen auf Ambivalenzen des „Sowohl-als-auch“ und zum anderen darauf, dass es „Gewinner“ und „Verlierer“ bei einer sich zunehmend ausdifferenzierenden (Groß-)Stadtgesellschaft gibt. Dass sich Stadtgesellschaften zunehmend ausdifferenzieren, kann hinsichtlich sozialer Ungleichheiten empirisch belegt (wachsende Armut-Wohlstands-Differenzen) und hinsichtlich zunehmend ausdifferenzierter Lebenssti-

le plausibel angenommen werden (Individualisierungsthese). Daraus entstehen nicht nur unterschiedliche soziale Lagen, Kaufkraftdifferenzen und unterschiedliche Mietzahlungsmöglichkeiten, sondern auch unterschiedliche Werte und Interessen sowie verschiedene Formen der Interessensartikulation.

Ein dritter, in dieser Debatte kaum aufgegriffener Aspekt gesellschaftlicher Vielfalt ist, dass diese Stadtbewohner heraus- und häufig auch überfordert sind (vgl. Bukow 2011). In Zeiten ökonomischer Krisen, bei einer verbreiteten Verunsicherung über künftige Entwicklungen, einer zunehmenden Werteppluralität und einer Vielzahl von Lebensstil-Inszenierungen steigt das Bedürfnis, sich in ein gewohntes Umfeld zurückzuziehen – sei es in ein nahezu homogenes Wohnquartier, einen gleich denkenden Bekanntenkreis oder das Vertreten eigener Interessen auch und gerade in Beteiligungsverfahren.

In dieser ambivalenten Situation wird der aktuelle stadtentwicklungspolitische Diskurs jedoch in eine eindeutig positive Sichtweise auf Vielfalt gelenkt: die Orientierung an den Bedürfnissen internationaler Unternehmen sowie der creative class. Das politisch korrekte Bekenntnis zu Toleranz und kultureller Vielfalt liefern die Bezugspunkte einer Rhetorik, welche jedoch kaum zur Integration einer Stadtgesellschaft beiträgt, wenn diese nicht sozialräumlich differenziert und entsprechend sensibel gegenüber unterschiedlichen sozialen Lagen und Vorbehalten inszeniert werden (vgl. Bukow 2011).

Der sozialarbeiterische Zugang der „Sozialen Stadt“

Seitdem die Vorstellung aufgegeben musste, Deutschland habe Gastarbeiter gerufen, welche nach einer Phase des Ar-

¹ Beispiele:

- Fachtagung „Stadt der Zukunft – Stadt der Vielfalt“ – Chancengleichheit, Planung, Beteiligung: Für wen, mit wem, wie? (Herbst 2013, Berlin),
- Diskussion „Wie schafft die Stadt Vielfalt? – Beispiel Malmö, Västra Hamnen“. Wiener Planungswerkstatt (3/2012): Wie können neue Stadtviertel vielfältig werden?,
- Stadt der Vielfalt – Integration, demografischer Wandel und Engagement im Quartier (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen MBWSV),
- Frankfurt am Main: Vielfalt bewegt Frankfurt – viel erleben, viel bewegen,
- Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in den Städten (2,5 Mio. Euro für 13 Initiativen) des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft, Land Brandenburg,
- Vielfalt als Teil der urbanen Normalität. Integrationspolitik der Stadt Zürich, Stadt Zürich, Stadtentwicklung/Integrationsförderung (März 2009),
- „Zukunftsaufgabe Stadtentwicklung: Stärkung europäischer Identität, kultureller Vielfalt und wirtschaftlicher Entwicklung“ (April 2007), ADHOC – Adapted Development of Historical Old Towns in Central and Eastern Europe, Interreg IIIB CadSES.

beitens hierzulande in ihre jeweiligen Heimatländer zurückkehren würden, ist die Integration der Zugewanderten zu einer der größten sozialpolitischen Aufgaben der Städte geworden. Standen anfangs aufgrund der Familienzusammenführung die Wohnraumversorgung und die Bildungspolitik im Vordergrund, so ist seit Mitte der 1980er Jahre auch der sozioökonomische Aspekt hinzugekommen. Die strukturelle Krise hat insbesondere die an- und ungelernten Beschäftigten der Industrie vorzeitig „ausgemustert“; die neuen Dienstleistungsberufe erzeugen viele präkarierte Arbeitsplätze und jungen migrantischen Erwachsenen wird nur ein eingeschränkter Eintritt ins Erwerbsleben ermöglicht. Die Logiken des Wohnungsmarktes haben vor dem Hintergrund zunehmend polarisierter Einkommen und veränderter Sozialpolitik seit der Hartz-IV- und den nachfolgenden Regelungen des SGB II zu einer zunehmenden Konzentration einkommensschwacher Gruppen in benachteiligenden Wohn- und Wohnumfeldsituationen geführt. Beginnend in Nordrhein-Westfalen und Hamburg, später auch Berlin, wurde das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsprogramm“ aufgelegt. Im Rahmen des Städtebaus wurde damit eine Sozialpolitik eingeschlagen, welche nicht mehr die jeweiligen Klientelen im Auge hatte, sondern sich auf die „problematischsten“ Stadtquartiere konzentrierte.

Zugewanderte, arme und bildungsferne soziale Gruppen bilden die größte Herausforderung für eine gesellschaftliche Integration. Da „Armut“ und die „Integration von Ausländern“ keine politischen Agenden sind, mit denen sich Bürgermeister und Kandidaten auf dieses Amt profilieren können, wurden diese Themen eher tabuisiert. Nicht zuletzt konnte man sich seitens der Politiker nicht sicher sein, ob die eigene Wählerklientel es gutheißt, wenn Zugewanderte hinsichtlich Bildung, Wohnraum und Sozialtransfers eine besondere oder auch nur gleichwertige Unterstützung erfahren – bis heute wird von manchen Politikern die Zuwanderung als „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ diskreditiert.

Der unternehmerische Zugang des *diversity management*

Seit den 1990er Jahren hat sich innerhalb von Unternehmen insbesondere in Branchen der neuen Dienstleistungen ein anderes Verständnis von *diversity management* etabliert. In diesen Bereichen, die stark auf Kreativität und daraus erwachsenden Innovationen setzten, war Vielfalt von Beginn an ein *asset*. Das Credo lautet: Bringe unterschiedliche Geschlechter, Nationalitäten, Lebensentwürfe, Wertvorstellungen, Altersgruppen und Lebensstile zusammen, unterstütze das „Aufeinanderprallen“ unterschiedlicher Sichtweisen, Interpretationen, Wertungen, Erfahrungen und Routinen und „ernte“ neue Ideen, Verfahren, Produkte und Marketing-Botschaften.

Im Gegensatz zum sozialintegrativen Verständnis der sozialarbeiterischen Stadtplanung, die mit der vorhandenen Vielfalt

vor Ort „arbeitet“, wird bei dem betrieblichen *diversity management* jedoch nur diejenige Vielfalt wertgeschätzt, die sich als Humankapital positiv auf das Unternehmen auswirkt (vgl. Meuser 2013, S. 168). Erst unter dieser Einschränkung wird „Vielfalt“ nicht mehr als ein Problem, sondern als Humanresource angesehen; damit ist Vielfalt kein Problem (mehr), sondern sie wird zur Lösung der Herausforderungen (gemacht) (vgl. Terkessidis 2011).

Laut der Wirtschaftskammer Österreich bringt die Einbeziehung von Vielfalt klare Vorteile für die heimische Wirtschaft, wie z. B.:

- höhere Beschäftigung durch den Zugriff auf bislang unentdeckte Talente;
- weiteres Wirtschaftswachstum durch das Ausschöpfen aller zur Verfügung stehenden Ressourcen;
- mehr Internationalisierung durch erweiterten Handlungsspielraum (z. B. im Sinne von Mehrsprachigkeit);
- gesteigerte Verteilungsgerechtigkeit durch die Einbeziehung von Personen und Gruppen, die bislang nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommen wurden;
- größerer sozialer Zusammenhalt durch proaktive Begegnungen und Austausch mit diversifizierten Anspruchsgruppen (WKÖ Wien 2013, S. 1).



Abb. 1: Die Stadtgesellschaft ist bunt (Foto: Annick Rietz)

Gesellschaftliche Heraus- und Überforderung

Vielfalt bedeutet, unterschiedliche Informationen wahrnehmen und (vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen) bewerten zu müssen; eine steigende Vielfalt ist daher vor dem Hintergrund einer beschränkten Verarbeitungs- und Toleranzkapazität jedes Menschen grundsätzlich nur begrenzt auszuhalten. Die Moderne ist – so ist zumindest die überwiegende Wahrnehmung – von zunehmender Vielfalt geprägt; es ist daher die Herausforderung, den *information overflow* sinnvoll zu reduzieren. Hierbei funktionieren Menschen jedoch häufig unzureichend, weil sie in einer Situation mit einem Zuviel an Informationen vor allem auf zwei Arten von Informationen achten: a) solche, die sie „abhaken“ können, weil sie dem Vertrauten entsprechen – das stärkt die Vorurteile und die Verhaltensroutinen und b) solche, die Gefahr signalisieren. Damit Letztere nicht eintritt, werden schon Gefährdungs-



Wahrscheinlichkeiten, Risiko-Konstellationen und Verunsicherungen als Vorwarn-Systeme genutzt, was sich beispielsweise in der steigenden Kriminalitätsfurcht bei nahezu konstanten Kriminalitätsraten in Großstädten zeigt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Informationen über steigende Risiken und Gefahren deutlich vermehrt (Klima-Entwicklung mit der Folge von Hochwasser, Bränden, Murenabgängen und Dürre, Endlichkeit fossiler Energien, Kriege und Aufstände, terroristische Anschläge, Globalisierung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes, sinkende Renten und sonstige staatliche Transfers, zerbrechende soziale Beziehungen [Scheidungen] und nachlassende Familienzusammenhänge über die Generationen etc.). In dieser vielschichtigen Gemengelage von Gefährdungen nehmen Verunsicherungen und Gerechtigkeits-Diskurse in einer Gesellschaft zu. Von solchen Verunsicherungen sind besonders die prekarierten Gruppen betroffen. Sie leben in benachteiligenden Quartieren, wo die Integrations-Herausforderungen nicht nur besonders vielfältig, sondern auch in Summe hoch sind. Diese sind zudem meist Orte schlechter Wohnungsbestände, unzureichender Infrastrukturen und vernachlässigter öffentlicher Räume – also die *hot spots* der Stadterneuerung. Das hat fatale Folgen für den Umgang mit Vielfalt, denn dort, wo sie am höchsten, vielschichtigsten und diskriminiertesten ist, sind die Menschen am wenigsten selbst dazu in der Lage, die unterschiedlichen Verhaltensweisen und Interessen im Sinne der Integration „unter einen Hut“ zu bekommen.

In einer solchen Situation neigen Menschen dazu, auf „Entlastungsstrategien“ zurückzugreifen, indem sie anderen sozialen Gruppen und/oder „denen da oben“ die Schuld an der überfordernden sozialräumlichen Umgebung geben, um von den eigenen Überforderungen abzulenken. Dazu ist es wichtig, die Schuldigen benennen zu können – dieses geschieht in der Regel entlang essentialistischer Konzepte wie Nationalität, Sprache oder Religion (als benennbare Merkmale der Ethnie), legitimiert darüber, dass diese Kategorien auch von staatlichen Institutionen angewendet werden (Rechte von Angehörigen aus Drittstaaten, Spracherwerb als Voraussetzung für Einwanderungs- und Aufenthaltsrechte).

Aber auch die Mittelschichten sind von der vielfältiger werdenden Gesellschaft tendenziell überfordert. Das drückt sich in Sorgen um den Erhalt des Arbeitsplatzes, des erreichten sozialen Status und der Zukunftsplanungen (insbesondere nach der Verrentung) aus. Mittlerweile zeigen sich in den Mittelschichten auch ökonomische Abstiegstendenzen (vgl. Burzan/Kohrs 2013). Das ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt deshalb wichtig, weil stabile Mittelschichten als Garant für eine gelungene Kohäsion angesehen werden. Die branchenspezifischen Anforderungen moderner Dienstleistungen erfordern zudem mit Kreativität, sozialen Innovationen, Kommunikation „über die Grenzen“, Risikobereitschaft, Fehler-Resistenz und unternehmerischer Verantwortung ganz neue

menschliche Fähigkeiten, die jedoch nicht nur als „neue Freiheiten“ von deren Pionieren betrachtet, sondern auch als zunehmender mentaler Stress wahrgenommen und verarbeitet werden, was sich in der Zunahme von Burn-out-Phänomenen und von Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit durch psychische Erkrankungen zeigt: Nach einer Studie der Bundespsychotherapeuten-Kammer ist fast jede zweite neue Frührente inzwischen psychisch verursacht (42%) (vgl. BPtK 2013). Psychische Erkrankungen sind danach seit mehr als zehn Jahren die Hauptursache für gesundheitsbedingte Frührenten – mit großem Abstand vor körperlichen Erkrankungen.



Abb. 2: Baugruppenkritischer Aufkleber in Berlin

Themenwohnen, Baugruppen und *gated communities*

Neben den gesundheitlichen Überforderungen hat die Konzentration auf *diversity management* im beruflichen Sektor möglicherweise auch fatale Folgen für die räumliche Organisation von Stadtgesellschaften. Werden die zunehmenden Rückzugstendenzen in alte und neue Segregationsmuster vor allem über die tendenziell überfordernde gesellschaftliche Vielfalt interpretiert, kann die – bislang empirisch nicht belegte – Hypothese aufgestellt werden, dass die mentale Heraus- und Überforderung im Berufsleben u.a. dazu führt, dass als Ausgleich homogene soziale Umfelder in der Frei- und Erholungszeit gesucht werden, was in eng begrenzten Freundeskreisen, vor allem aber im Rückzug ins Themenwohnen, in Baugruppen und *gated communities* zum Ausdruck kommt.

Zunehmende gesellschaftliche Vielfalt bewirkt, dass die Demarkationslinien der Ab- und Ausgrenzungen zahlreicher werden. Bildungsnahe Gruppen können den Vielfalts-Integrations-Diskurs aus konstruktivistisch-relationaler Sicht zwar locker bestreiten, solange es unter der Hand vor allem um die Integration von Zugewanderten und der Armutsbevölkerung geht. Sind aber Themen der Vielfalt berührt, die für sie selbst bedeutsam werden (wie Geschlechterrollen, das Verhältnis aus Arbeits- und Freizeit, Einstellungen zum Umweltschutz und zur eigenen Mobilität, Medienkonsum, Erziehungs- und Ernährungsfragen), dann verfallen auch sie in substantielle und essentialistische Interpretationen und Rhetorik.



Die gemischten Ansätze der Stadtentwicklung

Wenn innerhalb von kommunalen Strategien das „Vielfalts-Konzept“ thematisiert wird, kann also sehr Unterschiedliches gemeint sein. Die unterschiedlichen Sichtweisen werden zum einen von politischen Parteien jeweils spezifisch bedient, aber auch die institutionellen Logiken der Fachpolitiken und der Verwaltungsressorts sorgen für je unterschiedliche Schwerpunkte. In der Summe spielen in der Regel beide Strategien in die Stadtentwicklungspolitik hinein (vgl. Eckart/Merkel 2010) und überlagern sich, was es zum einen schwierig macht, die Vielfalts-Politik eindeutig zu formulieren und zum anderen sie kritisch einzuordnen (vgl. Bukow 2011, Terkessidis 2011).

Auf Seiten der Kritiker wird betont, dass unter dem Konzept des *diversity management* von Kommunen und öffentlichen Einrichtungen vor allem betrieblich verwendbare Vielfalt verstanden wird. Damit drohe die Gefahr, dass soziale Randgruppen, die im Zuge des mit Integration und Kohäsion verbundenen Vielfalts-Integrations-Verständnisses im Mittelpunkt stehen, übergangen und tendenziell eher ausgegrenzt werden.

Würde man die Menschen der Mittelschicht in gleicher Weise, wie es den Zugewanderten und den meist überforderten Autochthonen abverlangt wird, nahelegen, sich mit den für sie wichtigen Kategorien Andersdenkenden in Arbeitsgruppen zusammensetzen, um voneinander zu lernen, so würde man rasch auf Widerstand stoßen. Wenn das aber so ist, dann sollten die Beteiligungsverfahren mit den „Problemgruppen“ überdacht und revidiert werden. Zumindest sollten sie offener dafür sein, dass es aus Sicht der Beteiligten subjektiv gesehen unüberwindbare Hindernisse gegenüber den „Anderen“ geben kann, auch wenn diese „objektiv“ nicht nachvollzogen und geteilt werden.

Diese vielleicht ungewohnte Argumentation bedeutet keine Gegenthese zu den aufwendigen Bemühungen der Integration im Rahmen der Soziale Stadt-Initiativen, der Schulen, der Vereine, der Gemeinden und letztlich auch der Bauträger gerade unter einkommensschwachen und bildungsfernen Gruppen, die meist einen hohen Migrantenanteil aufweisen, im Gegenteil: Diese Argumentation soll aber auf die Notwendigkeit hinweisen, dass vor allem die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sowie einige der Umsetzenden vor Ort selbstkritischer gegenüber den Zumutungen werden, die einigen sozialen Gruppen bereitet werden, wenn man sie „klassisch“ beteiligen möchte.

Stadtgesellschaft als Summe von Parallelgesellschaften

Nur weil für viele diesen Personen aus der gebildeten Mittelschicht der Pass und meist auch die Religion nur eine geringe Schwelle zu sozialen Kontakten bedeuten, ist es dennoch subjektive Realität, dass Kontakte über diese Grenzen hinweg – meist aus Sicht der überforderten Autochthonen

– nicht wünschbar sind. Es ist daher einfach, zumal im Kreis der „Toleranten“, sich von den „Überforderten der Integrationsarbeit“ zu distanzieren. Sinnvoll wäre es jedoch, im ersten Schritt die subjektiv guten Gründe für die Ablehnungen nachzuvollziehen, um dann geeignete Maßnahmen zu setzen, wie mit den bislang überfordernden Herausforderungen umgegangen werden kann. Das kann auch bedeuten, sich aus dem Weg zu gehen, denn eine Stadtgesellschaft war immer eine Summe von Parallelgesellschaften, die sich im Raum aus dem Wege gegangen sind. Der Stadtsoziologie Hans-Paul Bahrtd hat 1970 die Position vertreten, dass sich „Stadt“ dadurch vom Land unterscheidet, dass sie es ermöglichte, dass Stadtbewohner sich auf ihre Mitbürger nur im Sinne einer partiellen Integration einlassen müssen – d.h., die Stadtluft macht frei, sich auf die soziale Gruppe, sich zu dem Anlass, sich zu dieser Zeit, sich an diesem Ort einlassen zu müssen, wie es gerade der eigenen Befindlichkeit entspricht. Es geht also darum, dass letztlich möglichst vielen sozialen Gruppen die Möglichkeit gegeben wird, den Abstand zu den jeweils Anderen situativ selbst zu bestimmen (vgl. Breiffuss et al. 2006). Dieses ist vor dem Hintergrund einer sich stärker ausdifferenzierenden Stadtgesellschaft stärker denn je notwendig, um ihr integratives Potenzial zu wahren.

Prof. Dr. Jens S. Dangschat

Department für Raumplanung, Fachbereich Soziologie (ISRA), Technische Universität Wien

Quellen:

- BPTK (Bundespsychotherapeuten-Kammer) (2013): BPTK-Studie zur Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit. Psychische Erkrankungen und gesundheitsbedingte Frühverrentung. BPTK: Berlin. < http://www.bptk.de/uploads/media/20140128_BPTK-Studie_zur_Arbeits-und_Erwerbsunfaehigkeit_2013_1.pdf>, Zugriff am 8.8.2014.
- Breiffuss, Andrea/Dangschat, Jens S./Gruber, Sabine/Gstöttner, Sabine/Witthöft, Gesa (2006): Integration im öffentlichen Raum. Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Werkstattbericht, Nr. 82.
- Bukow, Wolf-Dietrich (2011): Vielfalt in der postmodernen Stadtgesellschaft – Eine Ortsbestimmung. In: Bukow et al. (Hrsg.) 2011, S. 207-231.
- Burzan, Nicole/Kohrs, Silke (2013): Verunsicherung in der Mittelschicht – eine Herausforderung für sozialen Zusammenhalt?. In: Pries (Hrsg.) 2013, S. 101-119.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Heck, Gerda/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2011): Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eckardt, Frank/Merkel, Janet (2010): Ethnische Vielfalt als Ressource der Stadtentwicklung? Toleranz im städtischen Alltag – Berlins und Frankfurts Integrationspolitik im Vergleich. In: C. Hannemann, H. Glasauer, J.
- Pohlman, A. Pott/V. Kirchberg (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2009/10 Stadtkultur und Kreativität. Opladen & Farmington Hills. Barbara Budrich, S. 83-104.
- Meuser, Michael (2013): Diversity Management – Anerkennung von Vielfalt?. In: Pries (Hrsg.) 2013. S. 167-181.
- Pries, Ludger (Hrsg.) (2013): Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert, Springer VS Verlag, Wiesbaden.
- Terkessidis, Mark (2011): Integration ist von gestern, „Diversity“ für morgen – Ein Vorschlag für eine gemeinsame Zukunft. In: Bukow et al. (Hrsg.) 2011, S. 189-206.
- WKÖ-Wien (Wirtschaftskammer Österreich, Wien) (Hrsg.) (2013): Diversity Management. Ein Leitfaden für die Praxis. Wien: WKÖ. <https://www.wko.at/Content.Node/Charta-der-Vielfalt/Leitfaden_Diversity-Management_2011-11-24.pdf>, Zugriff am 8.8.2014.